

# BREXIT – EXIT

## Kulturhauptstadt Europas?



Dr. Ulrich Fuchs ist Mitglied der europäischen Expertenjury zur Auswahl, Begleitung und Evaluierung der Europäischen Kulturhauptstädte

Eigentlich beginnt die Geschichte mit einem sprachlichen (oder politischen?) Missverständnis. Denn natürlich geht es bei dem seit 1985 von Brüssel vergebenen Titel »Kulturhauptstadt Europas« nicht um alle europäischen Städte, sondern um die der Europäischen Union. Wer könnte aber bestreiten, dass auch Zürich, Oslo, Sarajevo, Kiew und Tirana Städte in Europa sind, obwohl die dazu gehörigen Länder nicht Mitglieder der EU sind? – Europa ist eben umfangreicher als der Staatenbund der Europäischen Union.

Nun war aber Brüssel in der Vergangenheit allem Anschein nach nicht immer konsequent, trugen doch auch Reykjavik, Bergen, Stavanger, Istanbul und Sibiu bereits den begehrten Titel – Städte also, die nicht zum Territorium der EU gehör(t)en. Dafür gibt es allerdings eine plausible Erklärung: Die Kulturprogramme der EU (derzeit »Creative Europe«) waren und sind zugänglich für Städte in Ländern, die Kandidatenstatus haben (z.B. Sibiu/Rumänien und Istanbul/Türkei) und für Nicht-Mitglieder, die sich inhaltlich und finanziell an Gemeinschaftsaktionen der EU beteiligen. Das betrifft zum Beispiel die Mitgliedsstaaten der »European Economic Area« (EEA), zu denen unter anderem Norwegen

und Island zählen. Deshalb bekommt auch eine norwegische Studentin ein Erasmus-Stipendium für ihr Studium in Berlin, und Novi Sad wird Europäische Kulturhauptstadt 2021, weil Serbien Kandidatenland ist.

Zum besseren Verständnis des aktuellen Konflikts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) über die Kandidatur britischer Städte als »European Capital of Culture« (ECOC) für das Jahr 2023 muss man überdies wissen, dass die europäischen Institutionen vor drei Jahren eine Länderliste bis 2033 festgelegt haben, aus der hervorgeht, dass Ungarn und UK Kandidatenländer für 2023 sind.

In beiden Ländern bereiten sich seit zwei Jahren mehrere Städte auf den Wettbewerb vor, eine erste Entscheidungsrunde durch eine unabhängige Jury europäischer ExpertInnen sollte Ende November 2017 in London stattfinden. Vier Tage vor Beginn der Sitzung hat die Europäische Kommission in einem Brief an das UK Kulturministerium (Department for Digital, Culture, Media & Sport, DCMS) in London unter Hinweis auf den BREXIT das Auswahlverfahren für Großbritannien abgesagt. Diese kurzfristige Absage hat sowohl

bei den betroffenen Städten, in der britischen Presse und im Parlament als auch in weiten Teilen der europäischen Kulturöffentlichkeit Unverständnis und Empörung ausgelöst, verbunden mit der Aufforderung an EU-Spitzenpolitiker, diese Entscheidung zu überdenken.

Rein juristisch betrachtet hat die Europäische Kommission starke Argumente, das Vereinigte Königreich nach derzeitiger Lage im Jahr 2023 nicht mehr der Europäischen Union angehören wird. Spitzfindig stellen englische Rechtsanwälte allerdings bereits in Frage, ob die Kommission als Exekutivorgan überhaupt eine durch das Parlament und den Rat verabschiedete gesetzliche Grundlage einseitig aufheben kann.

Aus meiner Sicht ist allerdings eine formaljuristische Betrachtung der Angelegenheit zweitrangig und führt an der (kultur-)politischen Relevanz vorbei.

Nicht erst seit dem BREXIT-Votum gilt das Verhältnis zwischen britischen Ministerien und den EU-Institutionen als besonders schwierig. So ist es beispielsweise völlig unverständlich, warum DCMS im Dezember 2016 den *open call* für ECOC 2023 ohne Rücksprache und Abstimmung mit der DG Culture



in Brüssel veröffentlicht hat. Jedes andere Mitgliedsland der EU respektiert diesbezüglich einen koordinierten Prozess. Ebenso unverständlich ist es, dass Brüssel kommentarlos zugesehen hat, dass die Städte Belfast, Dundee, Leeds, Milton Keynes und Nottingham mit viel europäischem Enthusiasmus, Bürgerbeteiligung und beträchtlichem Budget ihre Bewerbungen monatelang vorantreiben und Partnerschaften mit anderen Kulturhauptstädten eingehen. Auch die im September 2017 ausgesprochene Einladung der Londoner Kulturbehörde an die europäische Expertenjury, die Veröffentlichung und Versendung der *bid books*, die in einschlägigen Kreisen bekannten intensiven Vorbereitungen der britischen Städte auf ihre Präsentationen in der letzten Novemberwoche 2017 ließ die Kommission ungerührt verstreichen, um dann vier Tage vor Beginn des Meetings »den Stecker zu ziehen«.

Erklärbar ist diese gestörte Kommunikation wohl nur durch taktische Winkelzüge der aktuellen BREXIT-Verhandlungen und der gerade erklärten Ultimaten,

auch wenn es geradezu aberwitzig erscheint, dass ausgerechnet der im EU-Budget armselig dotierte Kulturbereich plötzlich zum symbolischen *battle ground* wird.

Für die Rechts- und Linkspopulisten diesseits und jenseits des Ärmelkanals ist das ein willkommener Anlass: »BREXIT ist BREXIT« rufen die einen, und »that's how Brussels is spending taxpayers' money« polemisieren die anderen.

Die Wirklichkeit ist komplizierter. Sollte am Ende der BREXIT-Verhandlungen nicht verabredet sein, dass UK finanziell vertraglich gebundenes Partnerland der EU für Programme in den Bereichen Kultur, Erziehung und Wissenschaft wird, droht den europäischen Staaten schwerer Schaden. Dann wird es in der Tat keine britische Kulturhauptstadt Europas geben, aber auch das gesamte Creative-Europe-Programm wird unter dem Verlust hochkarätiger und hochkompetenter Partner leiden. Noch unabsehbar, aber vermutlich sehr dramatisch wären die Folgen für den europäischen Wissen-

schafts- und Forschungssektor. Etliche Programme, unter anderem Erasmus, aber auch viele Wissenschaftskooperationen müssten auf Förderungen verzichten und neu verhandelt werden.

Aufgrund der abgesagten Vorauswahlrunde für ECOC 2023 scheint die englische Kulturszene aus einer gewissen Nach-BREXIT-Apathie aufgeschreckt - in Nordirland (Belfast) und Schottland (Dundee) werden die Folgen des Votums hingegen ungleich aufmerksamer diskutiert. Aber auch auf dem Kontinent sollten wir uns bewusst sein, dass BREXIT ohne neue Verabredungen katastrophale Verschlechterungen für die europäische Kultur- und Universitätslandschaft darstellt.

Im konkreten Falle ECOC 2023 wird es vermutlich keine kurzfristige Lösung geben, solange die zukünftigen Beziehungen UK - EU nicht ausverhandelt sind. So beschert uns wohl das Jahr 2023 lediglich eine Kulturhauptstadt Europas und das ausgerechnet im europafeindlichen Orban-Ungarn. Ein Alptraum. ■

Katharina Grosse, Asphalt Air and Hair, 2017, im Rahmen der Ausstellung »The Garden« des Aros-Kunstmuseums Büsche, Bäume und eine Rasenfläche im Aarhuser Mindenparken; Foto: Anders Sune Berg

